

Die Heimat zweimal verloren

Aus ärmlichen Siedlungen und ohne einen Pfennig Geld in der Tasche waren sie vor mehreren Jahren in die DDR gekommen - Mauricio, Marta, Carlos, Marvin und Sergio aus Nicaragua. Jetzt gibt es das seinerzeit in ihrer Heimat vielgepriesene sozialistische Land nicht mehr. Verschwunden ist auch die Freundlichkeit, das Entgegenkommen, das die Nicas an ihren Studiorten in Dresden, Leipzig oder Berlin zumeist verspürt hatten. Freunde und Kommilitonen haben jetzt andere Probleme, da muß die revolutionäre Verbundenheit eben zurückstehen. Das zu begreifen, fällt ihnen schwer.

Ideologisch stehen die Nicaraguaner vor dem gleichen Scheiterhaufen wie diejenigen Deutschen, die ihren Staat eigentlich nur demokratisieren und verbessern wollten. Für die dunkelhäutigen Mittelamerikaner kommt

erschwerend hinzu, daß sich auch in ihrem Land die politischen Verhältnisse grundlegend geändert haben. Die Sandinisten, von denen sie seinerzeit zur Ausbildung in die DDR entsandt wurden, sind nicht mehr an der Macht. Politisch gesehen haben die Studenten also gleich zweimal ihre Heimat verloren. Das sei sicher schwer zu verkraften, aber es gebe unangenehmere Dinge, meinen die jungen Nicaraguaner.

Als Beispiel nennt Mauricio Paredes die erschwerten Studienbedingungen und die offene Feindlichkeit gegenüber Ausländern, besonders in Ostdeutschland. Früher habe man als Student aus einem Entwicklungsland gewisse Privilegien gehabt, meint der 24jährige Student an der Hochschule für Verkehrswesen in Dresden. So wurde auf Schwierigkeiten mit der deut-

schen Sprache Rücksicht genommen. Auch die Leistungsmaßstäbe waren anders als bei einheimischen Studenten. Man konnte eben ein-, zweimal durch die Prüfungen fallen und wurde noch lange nicht exmatrikuliert. Übergriffe extremistischer Deutscher, so Mauricio, versuche man zu vermeiden, indem die Ausländer fast immer in Gruppen auf die Straße gehen. „Als wir kamen, waren die Deutschen friedlich und eigentlich gar nicht unsympathisch, jetzt sind sie unfreundlich und sogar feindlich“, sagt Mauricio.

Seine Freunde stimmen ihm zu. Marta Talena aus Managua, seit 1989 Informatikstudentin in Berlin, hätte bei ihrer Ankunft im Jahr der friedlichen Revolution Bewunderung für das Land und seine soziale Situation empfunden. Allen sei es gut gegangen. Jetzt redet jeder nur noch

über Geld und ist unzufrieden. Allerdings versteht die 31jährige den Wunsch der Ostdeutschen nach freien Bewegungsmöglichkeiten. „Zwar mangelt es in Nicaragua an vielen alltäglichen Dingen, aber ich kann geben, wohan ich will.“ Die Bedeutung dieser Tatsache habe sie erst in den Herbsttagen des Jahres '89 richtig kennengelernt. Nicht verstehen könne sie jedoch den Konsumdrang. Man freue sich hier über ein Paket Ariel ebenso wie bei ihr zu Hause über ein Pfand rote Bohnen. Ähnlich ergeht es Luis Candra und Carlos Cruz. Bei ihnen kommt allerdings die Unsicherheit über den Fortgang ihrer Ausbildung in Deutschland noch erschwerend hinzu. Luis, der in Masaya zu Hause ist, weiß noch immer nicht genau wie es weitergeht. Sein Institut in Berlin wurde abgewickelt. Carlos hatte Glück.

Am Rostocker Institut für Sozialhygiene dürfen alle diejenigen ihre Ausbildung beenden, die bereits mehr als die Hälfte des Studiums absolviert haben. Auf die Frage, was aus den vielen früheren Solidaritätsbekundungen besonders mit dem revolutionären Nicaragua und ihren Sprechern geworden ist, gibt es nur Schulterzucken. Tiefe Enttäuschung habe sich breitgemacht, denn offenbar gab es immer eine offizielle und eine tatsächliche Solidarität, meint Sergio Espinoza. Der 26jährige Geophysikstudent lebt seit acht Jahren in Freiberg. Für viele Funktionäre und Politiker sei die Solidarität mit Nicaragua wie ein Hätschelkind gewesen. Man habe sich damit stets ins rechte Licht rücken können. Jetzt zeigen diese Leute ihr wahres Gesicht. Nur einige wenige würden heute noch Interesse an ihnen zeigen. Uwe Rosenhahn



Aus den Gesichtern dieser Ausländer ist Enttäuschung zu lesen. Sie kamen als Asylanten in den Osten Deutschlands, wo man sie nicht gerade zu lieben scheint. Foto: dpa